

Umfrage: Warteliste Rehaphase B

Sehr geehrte Damen und Herren aus den angeschriebenen Kliniken in Baden-Württemberg

Seit Anfang des Jahres haben wir vermehrt viele Anfragen nach Rehaeinrichtungen in unserem Bundesland erhalten. Meist waren es Anfragen für die neurologische Frührehabilitation.

Alle Anfragen hatten den einen Grund, dass Angehörige für ihre schwerst betroffenen Hirnverletzten zeitnah keine Frührehabilitationseinrichtung in Baden-Württemberg gefunden hatten. Dabei wurden Wartezeiten von 6 bis 8 Wochen genannt.

Leider half dabei auch der Verweis auf unseren [neuroINDEX](#), mit den Kontaktdaten aller neurologischer Rehaeinrichtungen in den einzelnen Bundesländern wenig. Ich vermute, dass Sie als Rehaeinrichtung u.a. durch den Pflegenotstand möglicherweise nicht alle Betten belegen können, oder aber, dass tatsächlich Betten in der Frührehabilitation in unserem Land fehlen.

Ich kann das natürlich von außen nicht beurteilen, daher bitte ich Sie um Ihre Mithilfe und um Beantwortung weniger Fragen in dieser Umfrage.

Um diese Umfrage durchführen zu können, benötigen wir maximal 8 kurze Antworten. Um diese Ihre Antworten zu speichern, benötigen wir jedoch Ihre Zustimmung.

Diese Daten sind ausschließlich für die obige Fragestellung gedacht. Personenbezogene Daten (Name, Tel. und E-Mail) sind optional, allein ein Cookie wird gesetzt. Alle eingegebenen Daten werden auch am Ende der Umfrage, spätestens am 15. August 2022, wieder gelöscht.

Wenn Sie der Vorgehensweise zustimmen, gelangen Sie zur

Umfrage, wenn nicht, leiten wir Sie auf unsere Startseite weiter.

[Der Umfrage zustimmen](#)

Die Umfrage ablehnen und zurück auf die [Startseite](#)

Besten Dank für Ihre Unterstützung

Karl-Eugen Siegel

Umfrage 1: Rechtsschutzversicherung



Danke, dass Sie sich an der Umfrage beteiligen.

```
[modalsurvey id="1398551262" width="30%" align="center"  
boxed="#eee,30px,5px" style="flat" ]
```

Umfrage 1: Rechtsschutzversicherung



Liebe Mitglieder,

Wie im dialog juli 2022 angekündigt, möchten wir abklären, was uns als Verband eine Sozialrechtsschutzversicherung, die jedes Mitglied umfasst, kostet.

Grundlage eines Angebots ist u.a.:

- Anzahl der voraussichtlichen Klagen pro Jahr

Da wir dies überhaupt nicht abschätzen können, eben diese kleine Umfrage.

Um diese Umfrage durchführen zu können, benötigen wir drei kurze Ja/Nein – Antworten. Um diese Ihre Antworten zu speichern, benötigen wir jedoch Ihre Zustimmung.

Diese Daten sind insoweit anonym, da keine personenbezogenen Daten erhoben werden, allein ein Cookie wird gesetzt. Alle eingegebenen Daten werden auch am 15. August 2022 wieder gelöscht.

Wenn Sie dem zustimmen, gelangen Sie zur Umfrage, wenn nicht, leiten wir Sie auf unsere Startseite weiter.

[Der Umfrage zustimmen](#)

Die Umfrage ablehnen und zurück auf die [Startseite](#)

REHAB ein voller Erfolg!



REHAB Messe Karlsruhe

Der erste öffentliche Auftritt des SHV Landesverbandes Baden-Württemberg war am Donnerstag dem 23. Juni 2022 auf der 21. europäischen Fachmesse REHAB in Karlsruhe.



Jürgen Dusel



Simone Fischer

Gleich zu Beginn natürlich wie immer die Eröffnung.

Auch wenn es einer europäischen Fachmesse für Rehabilitation würdig gewesen wäre , war unser Ministerpräsident Kretschmann leider nicht zugegen. Auch der politische „Gesundheitsexperte“ unser Gesundheitsminister Lucha glänzte durch Abwesenheit. Nicht einmal als Schirmherr wollten die beiden fungieren. Schade ! – da hilft es auch nicht, dass der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel das politische Wortspiel: „Inklusion braucht eine funktionierende Demokratie und Demokratie braucht Inklusion!“ in seine Eröffnungsrede einfließen ließ.

In einer funktionierenden Demokratie hätte, so meine Auffassung, der Patientenbeauftragte ein Vetorecht bei der Gesetzgebung und nicht nur eine Repräsentationsfunktion.

Ja, es tut gut, wenn Simone Fischer, die Beauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen die Probleme als Kleinwüchsige schildert, das erzeugt bei uns Angehörigen und auch bei Betroffenen Solidarität. Ich habe Simone Fischer als kompetente und engagierte Frau in der Mitgliederversammlung der LAG Selbsthilfe kennengelernt. Natürlich hat sie aus eigener Erfahrung auch viel Verständnis für die Belange der Behinderten.

Doch warum Beauftragte der Landesregierung? Für uns auf der rauen Alb hat das ein „Schmäckle“! Ja, sie soll sowohl eine Beschwerdestelle als auch eine Art Qualitätskontrolle für die Landesregierung darstellen. Aber auch sie hat kein Vetorecht auf Landesebene, was die Belange von behinderten Menschen betrifft.

Doch auch sie braucht unsere Unterstützung, in dem wir ihr die Probleme in unserem Land schildern und sie in unsere Aktionen einbinden (s.dazu auch den Bericht zur [Mitgliederversammlung der LAG Selbsthilfe](#)).

Für uns als SHV-Landesverband Baden-Württemberg war die REHAB ein voller Erfolg. Gleich vorweg, wir werden nächstes Jahr

auch wieder dabei sein!

Denn wo gibt es eine bessere Gelegenheit, unsere Mitglieder direkt und ganz persönlich zu sprechen, wichtige Informationen über Hilfsmittel und Angebote zu bekommen und gleichzeitig aber auch der Politik zu zeigen, dass die vierte Säule im Gesundheitswesen mehr als aktiv ist.

Knapp 20 Mitstreiter der Selbsthilfe auf Landesebene waren unter dem Dach der LAG Selbsthilfe auf der REHAB vertreten.

Auch der Austausch zwischen uns Landesverbänden ist immens wichtig und gehört zur Arbeit an der Basis dazu. Die intensiven Gespräche mit Betroffenen und deren Angehörigen zeigten ganz deutlich, dass es auch in unserem Bundesland noch gewaltige Probleme hinsichtlich der Inklusion gibt.

Aber in all der Diskussion um die Inklusion darf natürlich auch der Mangel an Rehabilitation nicht vernachlässigt werden. Denn Rehabilitation ist nach unserer Auffassung die Grundlage einer guten Inklusion.



Auf dem Marktplatz Gehirn, Sebastian Lemme bei seinem Vortrag über die Probleme des „neuen“ GKV IPRG.

Ein ganz herzlicher Dank an alle, die an unserem Stand vorbeigekommen sind und uns Kritik und Anregungen gegeben haben. Aber auch unserem Bundesverband, der auf die Belange der häuslichen Versorgung ganz deutlich auf dem Marktplatz Gehirn hingewiesen hat (s. Beitrag bei shv-forum-gehirn.de).

Ich freue mich jetzt schon auf das nächste Jahr, denn wir werden sicherlich von der LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg ein eigenes Forum der Selbsthilfe, natürlich auch mit einigen Beiträgen von uns, aufbauen.

Wir als Selbsthilfe müssen Flagge zeigen und deutliche Akzente auch in der Öffentlichkeit setzen, um mehr Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger zu bekommen.

Meinen Herzenswunsch und meinen Aufruf kann ich da nicht oft genug wiederholen:



Ich brauche Ihre Unterstützung!

Politisch können wir nur gemeinsam etwas für unsere Hirnverletzten bewirken.
Daher brauche ich SIE als unser Mitglied!

Wenn das Gehirn Schaden nimmt:
07321 / 53 06 856
Landesverband
Baden-Württemberg
www.shv-bw.de

Karl-Eugen Siegel, Landesvorsitzender und betroffener Angehöriger



Ein ausführlicher Bericht sowohl aus Sicht des Landesverbandes als auch über den Vortrag von Sebastian Lemme, meinem Vorstandskollegen, wird in unserer Mitgliederzeitschrift dialog 2/2022 erscheinen.

Ein weiterer Grund, Mitglied in unserer Schicksalsgemeinschaft zu werden.

Karl-Eugen Siegel

Einrichtungsbezogene Impfpflicht – Pflegenotstand

Nicht verwechseln mit der Landeskampagne „The Länd“, diese hier hat nur drei iStock Credits gekostet.

Selbsthilfe bedeutet, eigene Erfahrungen mit anderen zu teilen. Gemeinschaftliche Probleme anzugehen, um vorhandene Probleme für sich und andere zukünftig zu verbessern.

Theoretisch sind oft viele Alternativen möglich und auch manche Konsequenzen einfach durchzuführen. Doch in der Praxis, in der eigenen Betroffenheit merkt man dann, dass diese durchaus existenzbedrohend, lebensbedrohlich sind.

Bis 2020 gab es für mich keine Zweifel, dass ich in einem demokratischen Rechtsstaat, der mir ein freies, selbstbestimmtes Leben garantiert, lebe. Auch die wirren und widersprüchlichen Maßnahmen bis Mitte 2020 waren für mich noch

kein Grund daran zu zweifeln. Wir alle, auch die Regierenden, hatten es noch nie mit einer entsprechenden „Pandemie“ zu tun. Alle damals aufkommenden Zweifel hatte ich als Verschwörungstheorien abgetan.

Selbst die massiven Einschüchterungen einiger Volksvertreter hinsichtlich einer Impfung änderte nichts an dieser Meinung, da ja dann auch die allgemeine Impfpflicht vom Parlament letztlich abgelehnt wurde. Doch die einrichtungsbezogene Impfpflicht lässt mich, mehr als alles andere, daran zweifeln, dass die Regierung alles daran setzt, diese unsere Grundrechte zu verteidigen. Im Falle der einrichtungsbezogenen Impfpflicht in medizinischen Einrichtungen mag die Argumentation, dass dadurch die vulnerablen Patienten geschützt werden sollen, anfänglich durch die Unkenntnis einer fast gleichermaßen stattfindenden Übertragungsrate von geimpften und ungeimpften Personen, vertretbar gewesen sein. Doch angesichts anderer, in der allgemeinen Berichterstattung untergegangenen Impfpflichten z.B. für Soldaten, wird m.E. deutlich, dass das nur ein vorgeschobenes Argument ist.

Ein Mitglied meiner Familie, im Pflegebereich der neurologischen Frührehabilitation tätig und täglich getestet, wurde Ende letzten Jahres vor die Alternative gestellt, sich impfen zu lassen oder unentgeltlich beurlaubt zu werden. Ein heftiger Schlag ins Gesicht einer Pflegekraft, die sich Tag für Tag, trotz aller Maßnahmen für ihre Patienten eingesetzt hatte. Sie war dabei nicht allein in ihrer Reha-Einrichtung. Unentgeltlich beurlaubt heißt in diesem Fall kein Einkommen und bei einer eigenen Kündigung eine Sperre beim Arbeitsamt, so die damalige einhellige Rechtsauffassung. Diese, staatlich angeordnete Drohkulisse der Reha-Einrichtung bewirkte (Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach kündigte es ja genau so an: Durch die Impfpflicht schaffen wir es, dass sich letztendlich alle freiwillig impfen lassen), dass sich die Pflegekraft gegen ihren Willen impfen ließ. Eine meines Erachtens unrühmliche Niederlage eines freiheitlichen

Rechtsstaates und unwürdig unseren Vätern des Grundgesetzes gegenüber. Denn dieser existenzielle Druck ist absolut nicht mit der in §1 unserer Verfassung, dem Schutz der Menschenwürde, vereinbar.

Zwei Wochen nach der zweiten Impfung erkrankte sie, Gott sei Dank, nur an COVID und nicht an einer anderen Impfnebenwirkung.

Bereits letztes Jahr forderte unser Bundesverband, da die Impfung keinen, bzw. wenigstens nicht längerfristigen Übertragungsschutz gewährleistet, für alle, die mit unseren schwerst hirnerkrankten Betroffenen Umgang haben, eine IG – Regelung. Die Betroffenen können ausschließlich durch aktuelle Tests geschützt werden, denn der Status einer Impfung sagt absolut nichts über den momentanen Gesundheitszustand des Geimpften aus.

Daher ist aus meiner Sicht eine einrichtungsbezogene Impfpflicht nicht nur unwirksam und unverhältnismäßig, sondern muss, um sowohl die Würde der Pflegekräfte wieder herzustellen (was dadurch ja nur symbolischen Charakter hat, denn die Zwangsimpfungen können nicht mehr rückgängig gemacht werden), als auch den Pflegenotstand (z.B. Wartezeiten für einen Rehaplatz derzeit in BW von 8 Wochen) nicht dadurch weiter zu beflügeln, aufgehoben werden.

Denn auch der viel beschworenen Überlastung unseres Gesundheitswesens kann durch diese Zwangsmaßnahmen nicht begegnet werden, sondern wird immer wahrscheinlicher. Wenn die Politik diesen Kollaps vermeiden will, dann durch Hilfen und Unterstützungen in diesem Bereich und nicht durch Maßnahmen, die das Personal noch reduziert.

Wir brauchen nicht nur mehr Bettenkapazitäten in der neurologischen Rehabilitation, sondern vor allem qualifiziertes, motiviertes und muttersprachliches Pflegepersonal. Dies kann nicht durch staatliche Zwangsmaßnahmen und Ausgrenzung erreicht werden; sicherlich

auch nicht allein durch einen monetären Anreiz, denn die in den Pflegeberufen Tätigen zeichnen sich in hohem Maß durch breite und große Sozialkompetenz aus. Diese Pflegekräfte verlangen nach gesellschaftlicher und staatlicher Anerkennung und diese Menschen lassen sich zu Recht nicht zu Objekten, zu willenlosen Spielfiguren der Politik degradieren.

Ich möchte, selbst mittlerweile zu der alters- und krankheitsbedingten Gruppe der vulnerablen Menschen zählend, nicht, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger wegen diesem, meinem Status zu einem willenlosen Objekt degradiert werden und ihre Menschenwürde durch eine erzwungene Impfung verlieren.

Die Menschenwürde ist das höchste Gut zwischen uns Menschen und ist „unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ (Art.1, Grundgesetz Deutschland, gilt auch in Baden-Württemberg)

Fazit:

Unser Gesundheitssystem kollabiert nicht wegen COVID, sondern deswegen, weil es an Pflegekräften fehlt. Dieser Beruf muss attraktiver, d.h. vor allem wertgeschätzt werden. Werbung für diesen Beruf inklusive qualifizierte Umschulungsangebote wären in diesem Bereich sicherlich gesellschaftlich viel wichtiger, als die Kampagne für „The Länd!“ Vielleicht lässt sich ja dieser Werbespruch wie folgt ergänzen: „The Länd needs YOU – the Krankensister!“

Karl-Eugen Siegel

Vorsitzender

Landesverband Baden-Württemberg

Die dramatischen Auswirkungen einer verfehlten COVID-Maßnahmenpolitik.



Pflegekräfte

braucht unser Land!

Ich weiß, es kommt eigentlich viel zu spät, dass ich diesen Aufruf schreibe. Aber in der ganzen Aufregung der Pandemie und deren Maßnahmen wäre dieser Aufruf sowieso als Verschwörungstheorie abgetan worden. Mittlerweile ist es allerdings unumstritten auch in der Bundesregierung, dass die Impfung wenig bis keinen Wert hat. Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach bereitet ja deshalb schon die nächsten Booster-Impfungen für den Herbst vor. Aber warum eine Impfung, die maximal drei Monate wirkt, als eine verhältnismäßige Maßnahme immer noch in der Diskussion bei unseren Volksvertretern ist, ist mir schleierhaft.

Namhafte Wissenschaftler, haben bereits zu Beginn der Pandemie, nicht nur vor der Sinnlosigkeit der Lockdowns, sondern auch die der mRNA-Impfung gewarnt. Nach nunmehr zwei Jahren Erfahrung mit den Maßnahmen und zuletzt dem dramatischen Ansteigen der Inzidenz trotz einer bis zu 70%igen Impfquote, machen jedem Bundesbürger deutlich, dass die Impfkampagne ein absoluter Misserfolg ist. Neueste Studien, die unter anderem auch in nature publiziert wurden, bestätigen diese bürgerliche Feststellung.

Die Kosten für die immensen, allerdings fruchtlosen Maßnahmen, belaufen sich auf zig 100 Milliarden Euro. Das ist eine Zahl, die uns Bürger, die diese Summe ja aufbringen müssen, doch

sehr erschreckt, zumal in der Pandemie, aus Kosteneinspargründen, z.B. u.a. Hunderte von Betten in den Kliniken reduziert wurden. [Ich spreche hier nicht über die Intensivpflegebettprämie des Gesundheitsministers Jens Spahn ohne entsprechendes Pflegepersonal, sondern um die reguläre Reduktion bei den Bettenbelegungsplänen]. Auch wenn diese Maßnahmenkosten immens sind, so werden wir diese in ein paar Jahren abbezahlt haben. Was die Regierenden, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene allerdings mit all diesen Maßnahmen an den vor allem vulnerablen Menschen angerichtet haben, kann weder abbezahlt noch wiedergutmacht werden.

Das war und ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Dies darf sich nicht wiederholen!

Die, durch die Regierenden, in mantramäßiger Wiederholung vorgetragene Verpflichtung für den so wichtigen Schutz der vulnerablen Menschen in unserem Land, sah wie folgt aus:

„In den ersten Tagen [der Frührehabilitation] konnte ich keinen Kontakt zu meiner Mutter aufnehmen, nach 3 Tagen sah ich sie über WhatsApp in einem desaströsen, verwahrlosten Zustand: Verfilzte Haare, ziemlich verwirrt und die Krankenschwester war bereits bei diesem ersten Anruf sehr genervt. Mir wurde langsam bewusst: Das Gefangen sein im eigenen Körper ist für meine Mutter nur sehr schwierig zu ertragen und dann kommt noch eine unzureichende Pflege dazu. Ich will mir gar nicht ausmalen, was für eine Angst meine Mutter haben muss! Und wir müssen tatenlos mit ansehen, wie sie starke, sich wiederholende Schmerzen hat, ohne dass sie selbst um Hilfe bitten könnte. Nicht einmal den Notfallknopf könnte sie drücken. Ihr Unwohlsein konnte sie uns nur durch zusammengezogene Augenbrauen mitteilen. Meine Mutter hat eine sehr hohe Schmerztoleranzgrenze und sie mit einem ganz schmerzverzerrten Gesicht zu sehen, zerriss der ganzen Familie, die um das Handy versammelt war, das Herz. Der Schmerz war plötzlich selbst für uns spürbar, so hilflos wie

sie da lag.“

Später durfte eine Person der Familie für eine Stunde in der Woche die Frau besuchen. Im Sinne einer guten Rehabilitation ein No-Go! Warum, trotz grundimmunisiert und getestet, die Besuchszeit auf eine Stunde beschränkt ist, konnte mir auch die Geschäftsleitung nicht schlüssig begründen.

Nach nunmehr 30 Jahren Erfahrung in der Selbsthilfe und unzähligen Gesprächen mit Betroffenen möchte ich mir gar nicht ausmalen, was diese Frau möglicherweise für Ängste ausgestanden hat. Schwerst hirngeschädigte Patienten haben oft nur ein minimales bzw. zeitlich sehr eingeschränktes Bewusstsein. Taktile Wahrnehmung in Verbindung mit vertrauter Stimme ist, auch aus eigener Erfahrung mit meiner Frau, unbedingt notwendig, um diese im minimalen Bewusstseinszustand befindlichen Menschen aus ihrem Trauma zu holen.

Zwei Monate später, die Mutter ist „aufgewacht“, beschreibt die Tochter diesen Zustand sehr treffend:

„Die Isolation und Einsamkeit haben dazu geführt, dass sie wirres Zeug redet, zu schwach ist, sodass wir sie am Telefon nicht hören können. Sie sieht die ganze Zeit verängstigt zur Tür, versucht die Handschuhe loszuwerden, die sie erneut tragen muss, sieht sehr verzweifelt ... schon gar verrückt aus.“

Aber dieser politisch erzwungene Zustand ist nicht nur für die Betroffene eine seelische Folter, sondern auch für die gesamte Familie.

„Ich fühle mich ohnmächtig, hilflos und kann nur zusehen. Es fühlt sich an, als wäre sie „weggesperrt“ und sich selbst überlassen, als wäre sie in Isolationshaft. Doch dabei ist sie klar im Kopf und muss ihren Zustand irgendwie ertragen. Das gleicht einer Folter mit seelischen Qualen.“

Auch ich fühle mich ohnmächtig, angesichts solcher Berichte, denn selbst ein Hilferuf an unseren Bundespräsidenten

verhallte ohne eine Hilfestellung. Wer kommt für diese Traumen und die Folgeschäden der Maßnahmen auf? Wer für den dadurch auch volkswirtschaftlich großen Schaden?

Das Parlament? Die Parlamentarier, die dieses unsägliche Leid dieser vulnerablen Menschen und deren Angehörigen im Bundes- und Landtag beschlossen haben?

Wohl nicht, denn dazu bräuchten wir einen funktionierenden Rechtsstaat mit unabhängiger Staatsanwaltschaft. Wer an dieser meiner Aussage zweifelt, bzw. diese sogar als staatsfeindlich bezeichnet, der möge mir einen praktikablen, für diese Patientin gangbaren und finanzierbaren Weg der Anklage gegen die Regierung benennen. Nur dies würde mich bewegen, diese Aussage zurückzunehmen.

Fazit:

Sowas darf nie wieder passieren, wenigstens nicht bei uns im Musterländle, denn wir können doch alles, so die Landesregierung, nur nicht Hochdeutsch und Englisch, wie die jetzige Landesregierung ergänzt. Weitere Negierungen sind wohl auf einer geheimen Negativliste.

Wir vom Landesverband wollen aber dafür kämpfen, dass die neurologische Rehabilitation wieder von dieser Negativliste gestrichen werden kann. Sicherlich aber erst dann, wenn die Landesregierung, u.a. auch durch die neu hinzugekommene Gruppe der durch Long COVID neurologisch Erkrankten, die Bettenbelegungspläne entsprechend nach oben angepasst hat.

Karl-Eugen Siegel

Vorsitzender

Landesverband Baden-Württemberg

SHV Landesverband Baden-Württemberg auf der REHAB



Vom 23. bis 25. Juni 2022 sind wir vom SHV-FORUM GEHIRN e.V. Landesverband Baden-Württemberg natürlich auch auf der REHAB mit einem Stand vertreten. Wir haben unsere Präsenz gemeinsam mit unserem Bundesverband am Gemeinschaftsstand der LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg in Halle 3, Stand J33.

Wir bringen auch unsere Ausstellung „Lust am Leben“ mit. Eine super Ausstellung, die zeigt, dass unsere Betroffenen, egal, ob noch in einem Wachkoma ähnlichen Zustand oder aber bereits fast vollständig wieder integriert nicht nur selbst „Lust am Leben“ haben, sondern auch ein wertvoller Teil der Familie, ihres Umfeldes, ja unserer Gesellschaft sind.

Unser Vorstandsmitglied Sebastian Lemme, mittlerweile unser Spezialist in Fragen zum IPReG, also des neuen Gesetzes, das so gestrickt ist, dass schwerstpflegebedürftige, die zu Hause versorgt werden, berechnete Angst haben müssen, ins Heim abgeschoben zu werden. Dagegen kämpfen wir als Bundesverband u.a. auch als stellungnahmeberechtigte Organisation im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).

Sebastian Lemme hält seinen Vortrag am 24.06.2022, und stellt sich anschließend mit Volker Eimertenbrink, Dr. Paul Diesener, Thomas van der Most, Laura

Mench und Prof. Dr. Martina Hasseler, der
Diskussion mit den Zuhörern. Die Diskussion wird von der
Journalistin Christiana Hennemann moderiert.
Also unbedingt am 24.06.2022, um 13:30 – 14:30 Uhr, im Forum
Halle 2 dabei sein!

Wer nicht nach Karlsruhe zur REHAB kommen kann, wird einen
sehr ausführlichen Bericht und
auch thematische Vorträge im Herbst in unserer
Mitgliederzeitschrift, dem „dialog“ finden. Finden
kann man natürlich an unserem Stand nicht nur uns vom
Vorstand, sondern wir bringen natürlich
auch all unsere Publikationen mit. Hier können Sie sich schon
mal zuvor informieren, was wir zu
bieten haben.
Also, es lohnt sich! Und wir freuen uns auf Sie!

Häufigkeit eines Schädel- Hirn-Traumas



Von den in der BRD lebenden Bürgerinnen und Bürger erleiden jährlich ca. 330.000 eine Schädel-Hirnverletzung. Davon müssen 3/4, also 249.000 Betroffene stationär behandelt werden. Und bei ca. 150.000 Menschen ist die Erkrankung so schwer, dass sie wohl langfristige Schäden davontragen. Dauerhaft und meist Langzeitpflegefälle werden mit 4.000 pro Jahr geschätzt.

In die aktuelle Terminologie übertragen, bedeutet dies:

Schwere der Schädel-Hirnverletzungen / Jahr	Inzidenz (/ 100.000 Einwohner)
Hirntrauma betroffene Mitbürger	400
Behandlungspflichtig	300
Langfristige Schäden	180
Todesfälle	40
Dauerhaft Geschädigte	4.000 Einwohner

Ganz arg bedauerlich ist es, dass bei Kindern unter 16 Jahren das Schädel-Hirntrauma die häufigste Todesursache ist. Auch bei unter 45-jährigen ist die Schädel-Hirnverletzung noch die Todesursache Nummer 1.

Vor allem junge und aktive Menschen sind von diesem Krankheitsbild betroffen und schlagartig ändert sich ihre Lebensperspektiven. Und nicht nur die von ihnen selbst, sondern auch die von Angehörigen und der ganzen Familie.

In diesen Situationen ist es äußerst hilfreich, eine Schicksalsgemeinschaft zu haben, die sowohl den Betroffenen als auch die Belange der Angehörigen durch eigenes Erleben versteht.

Gerade darum sind die Gruppen der Selbsthilfe so notwendig.

Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2020. Quelle Stat. Bundesamt und Deutsche Gesellschaft für Neurochirurgie

Selbsthilfegruppe BW-online

Online-Selbsthilfegruppe für Betroffene und Angehörige ohne regionalen Bezug in Baden-Württemberg



Selbsthilfegruppe BW-online einfach per Telefon beitreten. Durch die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona war es notwendig, einen „Ersatz“ für die normal in Präsenz stattfindenden Gruppentreffen zu suchen. Um Kontakt untereinander zu halten, waren die Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter sehr gefordert. Zum einen hielten Sie telefonischen Kontakt oder fuhren, wo erlaubt und möglich sogar zu den Gruppenmitgliedern nach Hause.

Eine technische Möglichkeit waren die Telefonkonferenzen, die einen direkten Austausch zwischen den Gruppenmitgliedern

ermöglichten. Leider haben nicht alle Mitglieder die Möglichkeit, an Videokonferenzen teilzunehmen. Einerseits aufgrund der benötigten Ausstattung, oft aber auch wegen einer schlechten, bzw. unzureichenden Internetverbindung. Daher haben wir uns entschlossen, es bei der sehr stabilen Verbindung per Telefon zu belassen.

Zusätzlich zu den Gruppentreffen in Präsenz bieten wir für Mitglieder und auch neu hinzukommenden Betroffenen/Angehörigen die Möglichkeit eines telefonischen Gruppentreffens an. Wir bitten bei Interesse sich per Mail anzumelden. Dann bekommen Sie die entsprechenden Zugangsdaten zugeschickt.

Treffen: jeden 2. Donnerstag im Monat

Uhrzeit: 18.00 – 19.00 Uhr

Erstkontakt per E-Mail: Ingrid Pramberger
unter i.pramberger@shv-forum-gehirn.de

Mitgliederversammlung LAG
Selbsthilfe B-W



Bärbel Kehl-Maurer, die neu gewählte Vorsitzende der LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg (F. Kissling)

Am 9. April 2022 fand in der Sparkassenakademie, Stuttgart die Mitgliederversammlung der LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg statt. Zum ersten Mal waren wir als SHV-Landesverband Baden-Württemberg dabei. Noch in Corona-Maßnahmenstimmung, aber doch in Präsenz gab es zunächst die Gelegenheit Frau Ministerin Nicole Razavi vom Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen zu erleben und ihr die ein oder andere Frage zu stellen, wie in Baden-Württemberg ein neuer Aufbruch zu mehr barrierefreiem und bezahlbarem Wohnen möglich wird.

Ein Thema, das von uns als Verband so noch nie aufgegriffen wurde. Der Schwerpunkt unserer Arbeit war und ist eben doch die Akutversorgung und die anschließenden Rehabilitationsphasen. – Aber gut, bezahlbarer Wohnraum gehört eigentlich auch dazu. – Doch um auch solche Themen bewältigen zu können, müssten wir ein größeres ehrenamtliches Team sein; oder wenigstens eine Person haben, die sich in Zusammenarbeit mit den anderen Landesverbänden dafür einsetzt.

Eine Person tat sich in der Diskussion hervor, es war, wie sich später herausstellte, die Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Simone Fischer. Eine sehr engagierte, kleine Person, denn sie ist als Kleinwüchsige selbst behindert, absolvierte ihr Studium der öffentlichen Verwaltung an der Hochschule Kehl und ist nun als Behindertenbeauftragte in einer Position, die durchaus auch fordernd bei den einzelnen Ministerien auftreten kann.

Viele Themen und Berichte auf der Tagesordnung der LAG waren hochinteressant und gaben mir nicht nur den Einblick in die Arbeit unserer Interessenvertretung in unserem Bundesland, sondern erweiterten meinen auf Hirnverletzungen fokussierten Blick. Ich musste feststellen, dass viele unserer Problemfelder deckungsgleich sind oder große Schnittmengen haben. Es gab viele Wortmeldungen und Einzelbeiträge der anwesenden Mitglieder, was mir den Eindruck vermittelte, dass meine neuen Kolleginnen und Kollegen engagiert und unglaublich fachkundig sind.

Fazit: Wir müssen noch mehr mit anderen kooperieren und vor allem auch über unseren thematischen Tellerrand blicken!



Vorsitzende der LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg: Bärbel Kehl-Maurer; Beisitzer: Dr. Werner Jost; Schatzmeister: Hans-Jürgen Hillenhagen; Beisitzer: Karlheinz Schneider; stellv. Vorsitzende: Brigitte Stähle. (F. Kissling)

Au
ch
we
nn
da
s
Ze
it
ma
nt
ve

rs
ag
te
un
d
di
e
Mi
tg
li
ed
er
ve
rs
am
ml
un
g
de
ut
li
ch
üb
er
zo
g,
so
wa
r
si
e,
du
rc
h
al
l
di

e
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
en
Be
it
rä
ge
,
ei
n
un
ge
he
ue
rl
ic
he
r
Mo
ti
va
to
r
fü
r
di
e
be
vo
rs

te
he
nd
en
Au
fg
ab
en
in
un
se
re
m
SH
V-
La
nd
es
ve
rb
an
d.

Die Neuwahl des LAG Selbsthilfe-Vorstandes verlief wie geplant und wird durch sehr erfahrene und z.T. auch bereits langjährige Vorstandsmitglieder besetzt. Frau Bärbel Kehr-Maurer übernahm den Vorsitz, der durch das Ausscheiden von Hubert Seiter frei wurde.

Ihr wünschen wir, in der neuen und verantwortungsvollen Position, viel Erfolg und eine gute Zusammenarbeit

K.E. Siegel